

Die Seccession.

Unter den nationalen, zur Eintracht mahnenden Rundgebungen der letzten Zeit nimmt die am Sonntag in einer Versammlung des „Reichsvereins für Sachsen“ angenommene Resolution, welche sich gegen die Seccession im liberalen Lager und für das treue Festhalten an den bewährten Grundsätzen der nationalliberalen Partei ausspricht, einen hervorragenden Platz ein. Selbst von den mehr der linken Seite zustrebenden Mitgliedern der Versammlung wurde anerkannt, daß für unser engeres Vaterland Sachsen eine Spaltung der liberalen Partei durchaus bedenklich und nicht zu empfehlen sei. Indem wir auf den speciellen Bericht in der heutigen Nummer unseres Blattes verweisen, werfen wir einen Blick auf die seccessionistische Bewegung überhaupt.

Im Allgemeinen kann das Urtheil der Presse über die große Staatsrede Bennigsen's, welche die Aufgaben und Ziele der nationalliberalen Partei in treffendster Weise darlegt, als abgeschlossen betrachtet werden. Mit besonderer Spannung wurde mit dem Kritiker der seccessionistischen Blätter entgegengekommen. Nicht als ob wir erwartet hätten, daß sie nach dieser aufklärenden Darlegung des Führers der nationalliberalen Partei die Seccession als einen unbegründeten oder überflüssigen Schritt anerkennen würden, wohl aber konnte man — bemerkt durchaus zutreffend die „Nationalliberale Correspondenz“ — nach der erschöpfenden Beweisführung Bennigsen's endlich einmal die Versuch einer eingehenden sachlichen Rechtfertigung der Seccession hören. Aber die seccessionistische Presse hat denselben auch jetzt unterlassen. Statt dessen glaubt sie sich allgemein mit dem Troste abfinden zu können, daß durch die Seccession wenigstens ein neues Leben in die nationalliberale Partei gebracht sei.

Nun, wir bestreiten Das nicht; noch mehr, wir geben zu, daß unserer Partei ein frischerer Zug, eine innere Aufrichtung sehr noth that. Aber dürfte es, um diesen Zweck zu erreichen, der gewaltsamen Zerreißung des alten Bandes? Das würde ein wenig an jene traurige That erinnern, da eine liebende Gattin, um ihren in Gleichgültigkeit verfallenen Mann zu neuer Thatkraft anzuspornen, einen Selbstmord beging. Man weiß, daß die Seccessionisten von solch tragischen Beweggründen weit entfernt waren. Ihre Presse hat uns wenigstens oft und deutlich genug gesagt, daß die Trennung erfolgte, weil man daran verzweifelte, der angelich schwach gewordenen nationalliberalen Partei wieder etwas mehr Rückgrat zu geben, und weil man nicht Lust hatte, an der allgemeinen Kraftlosigkeit mit zu Grunde zu gehen.

Wenn nun statt dessen in der nationalliberalen Partei plötzlich ein unverkennbarer Verjüngungsproceß beginnt, so ist das auch und gewiß ein höchst willkommenes Ereigniß; aber darüber, daß der Anstoß dazu durch den Austritt einiger der bedeutendsten Kräfte gegeben wurde, würden wir uns doch nur dann freuen können, wenn wir das Ausschneiden dieser Männer aus der Partei als einen Gewinn für die gemeinsame Sache zu betrachten vermöchten. Wir sind umgekehrt der Ueberzeugung, daß diese Männer für das ihnen vorschwebende Ideal einer „Großen liberalen Partei“ sehr viel erreicht haben würden, wenn sie an dem Verjüngungsproceß der nationalliberalen Partei activ und unmittelbar theilgenommen hätten, statt daß sie sich mit eigener Hand bei Seite geschoben haben. Eine active Theilnehmung würde uns so leichter möglich gewesen sein, als, wie Herr v. Bennigsen dargestellt hat, nicht allein über die wesentlichen politischen Grundsätze, sondern auch über die Art und Weise des politischen Vorgehens zwischen den Seccessionisten und der nationalliberalen Partei, siverst wenigstens, keine erhebliche Differenz abzusehen ist.

Dieser Punkt ist deshalb von ganz besonderer Wichtigkeit, weil bekanntlich in dem Unterschiede der Methode der eigentliche Trennungsgrund liegen sollte. Bergebens haben wir bisher gesucht, worin denn die neue Methode der Seccessionist nur das Verhältnis zur Reichsregierung, oder vielmehr lediglich zum Fürsten Bismarck sein. Herr v. Bennigsen hat sich hierüber mit vollster Klarheit ausgesprochen. Er hat ein unerschüttertes und unbedingtes Vertrauen zu des Reichskanzlers Leitung der auswärtigen Dinge kundgegeben, in Bezug auf die innere Politik aber der nationalliberalen Partei für jede einzelne Verlage eine vollständig unabhängige, streng sachliche Prüfung vorbehalten, immer freilich mit dem Hinzuügen, daß die Partei den Fürsten Bismarck um seiner außerordentlichen nationalen Verdienste willen überall zu unterstützen wünsche, soweit sie ohne Preisgebung ihrer Grundsätze Dies vermöchte.

Wir haben bis jetzt nicht gehört, daß die Seccessionisten ihr Verhältnis zu Bismarck anders zu gestalten gedächten. Nur ein Redner in Bremen hat neulich eine auf den Rücktritt des Reichskanzlers abzielende Opposition ins Auge gefaßt; offenbar sprach derselbe aber eigentlich vom Standpunkt der Fortschrittspartei aus, nicht von demjenigen der Seccessionisten. Für die Letzteren dürfte doch maßgebender sein, was Herr Richter in seiner Danziger Rede über die Stellung zu Bismarck gesagt — Ausführungen, die mit den Bennigsen'schen fast wörtlich übereinstimmen. Die seccessionistische Presse ihrerseits hält nun, zum Theil wenigstens, die Frage, ob die Liberalen die innere Politik der Regierung ohne Preisgebung ihrer Grundsätze noch ferner unterstützen könnten, bereits für entschieden, indem sie dem Kanzler ein ganzes Reactionssystem zuschreibt, wofür es indess bis jetzt an Beweisen fehlt.

Uns dünkt diese Manier, den Teufel an die Wand zu malen, wenig weise. Es genügt, auf die Reaction gefaßt und gegen sie gerichtet zu sein; im

Uebrigen dürfte es für die Liberalen gerathen sein, ihr Pulver nicht zu früh zu verschießen. Jedemfalls aber — und darauf allein kommt es hier an — hat die seccessionistische Presse nirgends den Nachweis geführt, daß die von Herrn v. Bennigsen angeführte politische Methode für die Ausgetretenen unannehmbar sei. Die Seccession ist und bleibt ein schwerer politischer Fehler. Die nationalliberale Partei aber wird die ihr durch Kaiser, Fürstentum u. d. zugesetzte Schädigung nur dadurch wieder ausgleichen können, daß sie im Wahlkampfe mit eiserner Consequenz für ihre Grundsätze eintritt und mit allen Mitteln einer geschlossenen Organisation ihren Besitzstand weiter ausdehnen bestrebt ist. Wäge diese Mahnung der Zeiten gebührt werden!

Politische Uebersicht.

Beipzig, 27. September.

In Berliner politischen Kreisen wird erzählt, daß der herliche Empfang, welchen Kronprinz Rudolph gefunden, eine Monarchenjubelstimmung zur Folge haben dürfte. Es soll nämlich Kaiser Franz Josef im nächsten Jahre in Begleitung der Kaiserin Elisabeth unserem Kaiserpaar einen Besuch abstatten. Sollte sich diese Nachricht bestätigen, so wäre es seit langer Zeit das erste Mal, daß die Kaiserin freiwillig eine mit kaiserlicher Repräsentation verbundene Fahrt unternähme, das erste Mal überhaupt, daß sie ihren hohen Gemahl auf einer so bedeutsamen Reise begleiten würde. „Wir wollen nicht entscheiden — bemerkt das „D. M. V.“ — ob dieses Gerücht auf eine Absicht des Wiener Hofes oder auf einen Wunsch des untrigen Juristensüßers sei.“

Es ist seit einiger Zeit die Rede davon, Leo XIII. trage sich mit dem Gedanken, einen päpstlichen Legaten nach Deutschland zu senden. Die Oesterreicher schweigen über diese Angelegenheit, während der römische Correspondent der „Königlichen Zeitung“ sich zur Sache wie folgt äußert: „Die Ultramontanen demontiren meine Nachricht, betreffend die Verhandlungen über Absetzung eines Cardinal-Legaten zum Kölner Dombaufest, welche im Vatican stattgefunden haben. Es würde mich gewundert haben, wenn sie es nicht gethan hätten; sind wir doch schon gewohnt, daß sie alle richtigen Mittheilungen über die Vorgänge im Vatican mit Beschrei aufnehmen, mögen sie auch noch so oft durch die Thatfachen später überführt worden sein. Nach einer Nachricht aus Berlin wäre der Vorschlag, die Sendung eines Legaten gegen die Rückberufung des Bischofs Reichers auszuweisen, der Berliner Regierung vertraulich vorgelegt und zurückgewiesen worden. Ich kann diese Angabe nicht geradezu bestätigen, aber sie ist wahrscheinlich. Bleibt es, wie zu vermuthen, dabei, daß die Curie sich in Köln nicht vertreten läßt, so ist das Ergebnis, daß die Kirche bei einer großen provincialen und nationalen Feier abseits steht; wer den Schaden davon hat, das mögen die Ultramontanen sich selbst überlegen. Hier im geistlichen Rom findet man nicht, daß es ein Vorbild für die Kirche sei, und obgleich man sich nicht entschließen kann, dem Uebelstande durch entschlossenes Eintreten zu begegnen, ist man doch keineswegs vergnügt, sondern merklich verstimmt darüber.“

Die Frage der Arbeiterversicherung wird von den Blättern jeglicher Parteifarbe sehr eingehend erörtern. Auch in Süddeutschland finden die darauf abzielenden Pläne des Reichskanzlers erste Beachtung. So wird der „Königlichen Zeitung“ aus Baden geschrieben:

Sollte es sich bestätigen, daß der Reichskanzler seine Arbeitstrakt auf die Frage der Arbeiterversicherung setzen will, so dürfte man ihm dafür nur dankbar sein, ohne freilich gleich anzunehmen, daß die ungewohnten praktischen Schwierigkeiten ihrer Lösung vor dem bloßen Bismarck'schen Willen verschwinden werden. Der bloße Einwand, daß es sich hier wieder um Staatsbüßel und Zwang auf einem dem freien Erwerb naturgemäß angehörigen Gebiet handle, würde nach unserer Meinung wenig Beachtung verdienen in einem Lande, wo Gemeinde und Staat die Armenpflege als ihre schwer genug lastende Aufgabe anerkennen. Aber den englischen Parlamentsverhandlungen über die loebenswerthe gewordenen Bill wegen der Verantwortlichkeit der Arbeitgeber für Beschädigungen der Arbeiter in Dienstverhältniß mit einiger Aufmerksamkeit gefolgt ist, weiß, daß auch dort der Gedanke der Arbeiterversicherung den ersten Erwägungen in den Kreisen von Arbeitgebern, Arbeitern und praktischen Politikern begegnet. Hier ist ein Boden, wo der rechte Wille, den Arbeiterverhältnissen nach ihren schädlichen Seiten nicht bloß durch Repression abzuwehren, sich betätigen kann, und es wäre schon viel gewonnen, wenn eine umfängliche, der Wirksamkeit der Dinge nachgebende Unternehmung für alle Betheiligten, welche sich der Wahrheit nicht blind verschließen wollen, die Grenzen erkennbar machte, wo Abhülfe nur in den besseren Eigenschaften des Individuums gefunden werden kann.

Der kaiserliche Hofprediger Stüder, ein Mann, der sich zu den Grundrissen der conservativen Partei bekennt, gefällt sich darin, anstatt das Evangelium der Liebe und Toleranz zu predigen, daß und Berachtung gegen das Judenthum mit allen Kränzen der Agitation heraufzubehauen. So fand zu Berlin am Freitag Abend im Saale der Flora wieder eine jener christlich-socialen Versammlungen statt, in denen dieser leidenschaftliche Mann seine Brand- und Aufrufpredigten gegen die Juden zu halten pflegt. „Hat sich das moderne Judentum ein wenig gebessert?“ lautete diesmal das Thema. Unter dem schlecht verhüllenden Deckmantel heuchlerischer Floskeln, wie: „Ich nehme bezüglich des Judenthums den denkbar mildesten Standpunkt ein“, trat der rohe und fanatische Judenthüm dieses christlichen Priesters der Wilde und Nächstenliebe nur in so greulichem Lichte hervor. „Ich will die 500,000 Juden in Deutschland, die sich finanziell, politisch, literarisch und social eine solche unendliche Bedeutung angemaßt haben, bloß auf dasjenige

Raß von Bescheidenheit zurückdrängen, das ihnen als „Gäfte“ gebührt... Treue zum Vaterlande und zum Könige ist von jeher ein Grundzug der Deutschen gewesen. Eine nichtswürdige Judenpresse hat unser Volk dieser seiner Nationalitätseigenschaften jedoch beraubt... Das deutsche Volk ist aber auch von Natur aus ein religiöses Volk, allein eine nichtswürdige Judenpresse hat es auch um seinen Glauben betrogen, das christliche Volk läßt es sich ruhig gefallen, wenn jüdische Literaten ihre Kirche, ihre Priester bespöten, ihre Heiligthümer schmähren u. s. w.“

Der sogen. Flottengründungsplan wird wie es heißt, wesentliche Aenderungen erfahren. Es soll nämlich beschlossen werden, daß statt des untergegangenen Panzerschiffes „Großer Kurfürst“ eine neue Panzerschiff wieder gebaut werden soll. Die deutsche Kriegsstärke würde danach an großen Panzerschiffen haben: die 7 Freigatten „König Wilhelm“, „Kaiser“, „Friedrich der Große“, „Preußen“, „Deutschland“, „Kronprinz“ und „Friedrich Karl“ und die 4 großen Ausfalls-Corvetten „Baiern“, „Sachsen“, „Württemberg“ und „Baden“, nebst mehreren schweren gepanzerten Kanonenbooten. Statt der ganz großen Panzerschiffen beschäftigt man eine Zahl kleinerer Panzerschiffe von der allergrößten Geschwindigkeit bis zu 20 Seemeilen pro Stunde und mit 2 Geschützen armirt, die 1500 Pfänder sein sollen zu erbauen. Die Geschütze dieser neuen Art von Fahrzeugen sollen in einem dreieckigen schrägen gepanzerten Thurm auf dem Verdeck gestellt werden und das Fahrzeug so niedriges Bord haben, daß es nicht sehr hoch über das Wasser ragt und bei seiner großen Schnelligkeit und Lenkbarkeit nur schwer zu treffen sein wird. Dabei sind die Kosten der Erbauung ungleich geringer, und man berechnet, daß statt einer einzigen großen Panzerschiffes, wie der „Große Kurfürst“ war, an acht solcher neuen schnellen kleinen Fahrzeuge hergestellt werden können.

An parlamentarischen Ständescenen ist in Ungarn kein Mangel. In einer der letzten Sitzungen des Pesther Unterhauses richtete Stephan Miklos von der äußersten Linken eine Interpellation an den Minister-Präsidenten als Minister des Innern wegen der anti-semitischen Bewegung.

„Es ist eine bekannte Thatsache“, laut Redner, „daß der Abgeordnete Hoczky, entsprossend seinen parlamentarischen Reden, in der Hauptstadt und in der Provinz eine anti-semitische Liga organisiert und die gesamte Judenheit für die Sünden Einzelner verantwortlich machen will. Diese Bewegung bringt Haß und Zwietracht zwischen der christlichen und jüdischen Bevölkerung hervor. Herr Hoczky betreibt Machinationen zur Ausbreitung der Juden aus Ungarn.“ Redner will die ganze Agitation nicht übersehen, hält die Judenfrage für Ungarn nicht für acut, hält es aber trotzdem für nothwendig, daß das Haus und die Regierung, welche die Freiheit und den Liberalismus vertreten, gegen die Bewegung entschiedene Stellung nehmen und Verwahrung einlegen gegen eine Intention, welche die Juden als eine Glaubensgenossenschaft verfolgt. Um dem Hause und der Regierung hiesu Gelegenheit zu geben, richtet er folgende Interpellation an den Minister-Präsidenten als den Minister des Innern: „Abgeordneter Hoczky will die Judenfrage vorbreiten; mit Rücksicht auf die Stellung dieses Deputirten zur Regierungspartei, der alle Handlungen des Ministeriums billigt, kann sich in der Berücksichtigung der Meinung verbreiten, daß die Regierung und ihre Partei das Vorgehen Hoczky's billigen.“ (Stürmischer Widerspruch rechts.) Darum frage er den Minister des Innern: „Hat derselbe Kenntniß von der sogenannten anti-semitischen Bewegung, welche gegen die Gesetze des Landes über die Gleichberechtigung der Confessionen verstoßt? Würden die Statuten der Liga vorgelegt? Würden dieselben genehmigt oder nicht? Was gedenkt die Regierung überhaupt gegen diese Bewegung zu thun, welche Zwietracht und Erbitterung hervorruft in der Bevölkerung? Ich empfehle dem Herrn Minister-Präsidenten meine Interpellation.“

Nach diesen Worten erhob sich Hoczky von seinem Platze, machte eine abkehrende zührende Bewegung gegen Miklos und sprach einige Worte, die jedoch ungehört im Lärm verhallten.

Die Entscheidung vor Dulcigno läßt bis zur Stunde noch auf sich warten, dank der ausweichenden Politik der hohen Pforte. Wie dem „Reuter'schen Bureau“ aus Konstantinopel gemeldet wird, hätte sich der Sultan gegenüber dem Dogen des diplomatischen Corps, dem deutschen Botschafter Grafen Hagfeld, bezüglich Dulcigno's dahin geäußert, daß er den Ereignissen ihren Lauf lassen werde. Die Verantwortung für dieselbe würde auf Europa zurückfallen. Die Folgen dürften nun nicht ausbleiben, denn die Pariser „Agence Havas“ meldet aus Ragusa, der Admiral Seymour sei befehligt, daß das Geschwader sich für heute, Montag, zum Auslaufen bereit zu halten habe. Ueber die Lage vor Dulcigno meldet der „Standard“ vom 24. September: „In Ragusa, das ich gestern verließ, waren Berichte eingetroffen, denen zufolge die rohbesetzten Stellungen der Albanesen sich längs der Razura-Höhen und vom Stutari-See bis an die Rüste hinziehen. Die Zahl der Albanesen wurde bis auf 15,000 Mann veranschlagt, wozu es hier auf nicht mehr denn 5000—6000 Mann geschätzt wird. Aber auch von diesen hat die Mehrzahl sich nach Dulcigno zurückgezogen und die Bewachung der wichtigsten Stützpunkte vorerst kleinen Abtheilungen überlassen. Die Stellungen sollen nämlich so stark sein, daß die Montenegriner sie vermittelst Frontangriffen nur unter den fürstbarsten Bedenken nehmen könnten. Bester Erfolg ließe sich erzielen, wenn die Montenegriner durch die verbündeten Flotten unter dem Schutze ihrer Kanonen bei Dulcigno an Land gesetzt würden. Angesichts dieser Wirklichkeit erklärten die Albanesen, daß sie Dulcigno niederbrennen und sich in die hinter der Stadt gelegenen Stellungen zurückziehen würden, woselbst

die Geschosse der Flotte ihnen wenig anhaben könnten. Wofür Dies wirklich geschähe, dann würden die Montenegriner in den ihnen durch die Großmächte überlassenen Trümmern sich im Zustande der Belagerung befinden. Von den großen albanesischen Stämmen ist jetzt kein einziger in irgend welcher Stärke bei den Verteidigern von Dulcigno vertreten und einer nach dem andern hat sich zurückgezogen, so daß die Verteidigungsmannschaft jetzt fast ganz aus eingeborenen Mohomedanern besteht, die des Glaubens sind, daß ihr Widerstand gegen den Vormarsch der Montenegriner von dem türkischen Pascha gebilligt werde. Die albanesischen Truppen treiben in allen Häusern, sowohl den mohamedanischen wie den christlichen, Lebensmittel ein, thun aber sonst keinen Schaden und versuchen keine Einfälle auf montenegrinisches Gebiet. Das montenegrinische Lager, welches der Hauptstellung der Albanesen auf den Razura-Höhen gegenüberliegt, befindet sich ungefähr 23 Kilom. von Antivari entfernt. Die ganze Gegend ist ein großes Lager und lange dürsten die Montenegriner den Druck der Lage nicht ertragen.“ — Wir fügen dem Vorstehenden noch folgendes Telegramm aus Paris vom 27. v. M. hinzu: „Die Befehle für die französischen Schiffe vor Dulcigno sind gleichlautend mit denen der übrigen Mächte; sie sollen das Vordringen der Montenegriner erleichtern und nöthigenfalls durch Bombardiren der albanesischen Stellungen unterstützen. Von einer Ausschiffung von Truppen ist keine Rede. Man glaubt hier an die Nachgiebigkeit (?) der Albanesen.“

Herr Barthélemy St. Hilaire beschäftigt nicht nur die Pariser Presse, sondern die Tagesorgane, wir dürfen sagen, ganz Europas in ungewöhnlichem Grade. Einer Schilderung des Herrn Ministers des Auswärtigen in der „Ball Mail Gazette“ entnehmen wir folgendes: „Er ist ein ernster, höflicher Herr, der um vieles jünger aussieht, als er ist. Wird er durch einen Regenschauer überrascht, dann stülpt er den Rocktrag auf, knüpft den Rock über der Brust zusammen und schreitet durch den Regen ruhig vorwärts. Niemand hörte ihn je über irgend ein Körperleiden klagen. Er besitzt eine starke Körperverfassung, die durch den Stoicismus seines Geistes und die Mäßigkeit seiner Lebensweise noch mehr gefestigt wurde. An Kämpfen gegen die Verhältnisse hat es ihm von Jugend auf nicht gefehlt. Erst spät im Leben konnte er sich einigermaßen behaglich einrichten, einige gute Stuben im dritten Stockwerke der Rue d'Asson mietzen und eine ältliche Frau zu seiner Bedienung besolden. Die Morgenstunden widmete er seinem schriftstellerischen Abgott, dem Kisteles, den Rest des Tages dem Institut, dem Senat, der Sitzung von Thiers' hinterlassenen Papieren. Des Abends speiste er regelmäßig mit Frau Thiers und deren Schwester. Ich wüßte nicht, daß er sonstwo als etwa nach aus der deutschen Botschaft gespeist hätte. Große Männer zu bewundern, das für ihn besonderen Reiz. Sein Gesicht, das einer aus Granit gemeißelten griechischen Statue anzugehören scheint, belebt sich, wenn die Rede auf eine von ihm bewunderte Persönlichkeit fällt. Jüngster Zeit ist Bismarck für ihn ein jener mächtigen Genies, die der Zeit, in der sie leben und wirken, den Stempel ihres Charakters aufdrücken. Das deutsch-österreichische Bündniß ist seinem Dafürhalten nach ein gewaltiges Culturwerkzeug für die zwischen Griechenland und dem Donaustrom schwebenden Stämme. Ich habe ihn diese Auffassung mit Lebhaftigkeit vertreten hören.“

Die Minister des Innern und der Justiz hielten am Sonntagabend Verhandlung mit ihren Unterstaatssecretären und hohen Beamten über die Ausführung der Märzdecrete. Ferry hatte eine Verhandlung mit Constans und dessen Staatssecretar über denselben Gegenstand und es wurde beschlossen, mit der Ausführung der Märzdecrete das Urtheil des Tribunals für Conflict nicht abzuwarten, weil die frühere Einberufung dieses Tribunals, das am 20. November zusammentritt, nicht zweckmäßig sei. Man wird daher, wie aus Paris weiter gemeldet wird, unverzüglich mit der Ausführung des zweiten Decrets, und zwar in den Departements, wo dieselbe die größten Schwierigkeiten bietet, beginnen.

Das Gesehene Gambetta's findet in der gemäßigten Presse Englands harte Verurtheilung. Die „Times“ besonders kritisiert die Rebenregierung des Herrn Kammerpräsidenten in der schärfsten Weise. Das Cityblatt schreibt:

Es kann sicherlich keine Stabilität in einem Gemeinwesen bestehen, wo ein Mann sich selbst als Staat im Staate aufbaut. Herr Gambetta hat sich in die Stellung eines Raders und Abhülers von Ministern eingelegt. Der Königsmacher sucht aber waagt bis jetzt noch nicht selbst König zu sein; denn er will keinen anderen Herrscher dulden als einen solchen, der einwilligt, eine Puppe in den Händen eines nur zu sichtbaren Marionettenspieler's zu sein. Ob je die Zeit kommen wird, in welcher er hervortreten und den Preis ergreifen wird, den er jetzt eher zu verschmähen als zu begehren scheint, läßt sich noch nicht sagen, aber gewiß ist, daß Herr Gambetta kein Amt annehmen wird, welches ihm nicht die absolute, ungetheilte und unbeschränkte Gewalt eines Dictators verleiht. Die Hauptfrage ist, wie weit diese Suprematie Gambetta's mit einer guten Regierung und einem gesunden Zustande Frankreichs verträglich ist. Mit oder ohne Grund wird angenommen, daß Herr Gambetta's auswärtige Politik für Frankreichs Nachbarn nichts Gutes bedeute. Ein Wort von ihm in Gherbourg oder sonstwo genügt, um Herrn v. Bismarck zu beunruhigen und den Grafen Rolke zu vermögen, auf neue Unterlader zu denken und neue Tabakpfeifen für übertrieben zu halten. Wenn ein Mann die Himmels Höhe erreicht, so ist es nicht wahrnehmlich, daß er sich so tollkühn und aggressiv erweisen wird, wie es ihm zu erscheinen gepaßt hat, als er in der Opposition sich befand. Er wird sich vielleicht glücklich fühlen, seine Größe ganz nach eigenem Belieben zu genießen. ... Für Rochefort,